

# Berlin wählt Nachhaltigkeit

## Protokoll zur Wahlveranstaltung von **Berlin 21**

Dienstag, 30. August 2011 – 19:00-21:00 Uhr

### 19:00 Uhr Begrüßung

*Christian Hoßbach* (Stellvertretender Vorsitzender des DGB Berlin-Brandenburg) begrüßt das Publikum und die Gäste

- Frage, ob dies der richtige Ort (DGB-Haus) für eine solche Veranstaltung sei –  
Antwort: Ja. Denn Gewerkschaften würden sich auch mit Themen wie Arbeitsplätzen, Arbeitssicherheit und Ausbildungsplätzen beschäftigen, welche auch zum Thema Nachhaltigkeit gehören würden.
- heutige Veranstaltung solle dazu beitragen die richtigen Antworten auf wichtige Fragen zu finden.
- das DGB-Haus solle offen sein für verschiedene Gruppen, die sich engagieren wollen.
- Versuch auf nachhaltige Frage nachhaltige Antworten zu finden!

*Malte Schmidhals* (Vorstand von Berlin 21)

Intention und Einbindung dieser Veranstaltung:

- Nächstes Jahr jährt sich die Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio zum 20. Mal. 1992 wurden dort wichtige Dokumente wie die Agenda 21, die Klima-Rahmenkonvention und die Konvention zur biologischen Vielfalt formuliert. Die Konferenz der Klimaschutz-Vertragsstaaten, die COP I in Berlin, bildete hier den Auftakt für die Klimaschutzbewegung.
- Parallel dazu starteten Agenda-21-Prozesse, die Debatte um politische Umsteuerung und die Umsetzung praktischer Maßnahmen zur Zukunftsfähigkeit, die integrierte Betrachtung von Umwelt, Wirtschaft und Sozialem – auch gerade auf kommunaler Ebene.
- Zu den Höhepunkten dieses Prozesses gehörte 2003 bis 2006 die gemeinsame Erarbeitung der Berliner lokalen Agenda 21. Gemeinsam erarbeitet von der Agenda-Bewegung und auf der einen und von den Senatsverwaltungen auf der anderen Seite.
- Ich habe mich damals um die „Herausfilterung“ von Indikatoren gekümmert und habe diese Diskussionsprozesse bei den unterschiedlichen Handlungsfeldern deshalb gut verfolgen können.
- Um ein Beispiel herauszugreifen, an der die Diskussion erfolgreich gelaufen ist, möchte ich das Feld Mobilität und Verkehr nennen: Hier haben Verkehrsverwaltung und Fachforum Mobilität - letzteres gestützt von vielfältigen Verkehrs-BIs der Stadt - ernsthaft um gangbare Wege gerungen. Für meine Aufgabe war das zunächst problematisch - sie brauchten Zeit und ich wurde mit meinen Indikatoren nicht fertig – aber rückblickend sind bei diesem Streit trag- und zukunftsfähige Kompromisse herausgekommen. Von vielen Alltagsproblemen mit S-Bahn u.. und von Altlasten wie der A 100 einmal abgesehen, lässt sich feststellen, dass Berlin auf diesem Gebiet ernsthaft mit dem Umsteuern begonnen hat. Verkehrspolitik hat immer weniger das Primat PKW, stattdessen werden Fahrräder, ÖPNV und ganz allgemein grüne Wege auch mit in den Vordergrund gestellt.

Diese Veranstaltung wäre aber nicht notwendig, wenn der Agenda-21-Prozess überall und nach wie vor voranschreiten würde.

Stattdessen mussten wir in den letzten Jahren eine gewisse Ermüdung feststellen. Bei Themen wie Nachhaltigkeitsstrategie oder gar einem konkreten Programm zu dieser umfassenden Thematik wurde Berlin von anderen Ländern und vom Bund überholt.

Man kann sagen, dass der Agenda-21-Prozess, dessen Zielkontrolle, wie auch die Fortschreibung der LA 21, sträflich vernachlässigt werden:

- Ein ehemals vom Senat eingerichtetes Büro wird bis zur Unkenntlichkeit ausgedünnt. Und der Sparringspartner dieses Büros, der mit Unterstützung des Senats gegründete Verein, der diese Veranstaltung trägt, muss um sein Überleben kämpfen.
- Die Nachhaltigkeitsstrategie, soll sich von nun an – zurückverlagert in die alten Verwaltungsstrukturen - quasi automatisch von alleine verwirklichen.
- Die Zielkontrolle z.B. mittels Indikatoren wird zum Statistischen Landesamt verlegt und damit aus einer nach Agenda-Prinzipien vorgesehenen politischen Berichterstattung ausgelagert.
- 
- Es gibt wenige Methoden zur direkten Partizipation in grundlegenden Fragen die über die „üblichen Verdächtigen“ in der politischen Klasse hinausgehen. (Dies ist mindestens ebenso als Selbstkritik wie als Kritik an Senat und Parteien zu verstehen.) Und die wenigen Ansätze, die es gibt, wie z.B. Bürgerkonferenzen, werden in Berlin nicht eingesetzt.

Nun, Berlin hat in der Vergangenheit viel geleistet, die Agenda ist auch in der Außensicht vorbildlich und wir können nicht immer in der ersten Reihe laufen.

Aber wir können es jetzt ja mal wieder versuchen, im Jahr Rio + 20 und nachdem wir aus unterschiedlichen Beispielen lernen können.

Einen Auftakt hierzu erhoffen wir uns - wenn es optimal läuft – von dieser Veranstaltung.

Wir wünschen uns, dass diese Diskussion fortgesetzt wird, dass sie vielleicht schon heute nicht nur unter dem Gesichtspunkt der anstehenden Wahlen geführt wird und dass bei den Fragen der Zukunftsfähigkeit möglichst ehrlich diskutiert wird und nicht nur aus einer Regierungs- bzw. Oppositionslogik heraus.

Ich wünsche Ihnen und uns einen spannenden und lehrreichen Abend!

**19:15-19:30 Uhr Vortrag zum „Zukunftsrat Hamburg“ von Dr. Delia Schindler**

*Dr. Delia Schindler* (Sprecherin des Zukunftsrats Hamburg, [www.zukunftsrat.de](http://www.zukunftsrat.de) )

- 1996 habe Hamburg in einem Festakt die Aalborg Charta unterzeichnet. Danach sei der Zukunftsrat Hamburg gegründet worden. (Dieser ist eine offene Plattform für Meinungen und Foren zum Thema).
- 1998 sei das Projekt HEINZ („Hamburger **Entwicklungs-Indikatoren** **Zukunftsfähigkeit**“) ins Leben gerufen worden. Es handele sich um einen Katalog mit 30 Indikatoren, Zielwerten und Bewertungen zum Stand der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung (von der Agenda21 zur Nachhaltigen Entwicklung) in Hamburg.
- Die meisten Ampeln (Bewertung der Zielerreichung) zum Thema Nachhaltigkeit stünden in Hamburg derzeit auf „ROT“.

- Im Jahr 2000 und 2010 seien Konsumstudien vom Zukunftsrat Hamburg durchgeführt worden. Wobei unter anderem einer Gruppe von Jugendlichen von 18-24 Jahren die Frage gestellt worden sei, ob ihr Verhalten ihrer Meinung nach eine ökologische Auswirkung auf die nachfolgende Generation hätte. Erstaunlicher Weise sei die Zahl der Verneiner im Jahr 2010 deutlich höher als noch im Jahr 2000 gewesen.
- Frage nach dem Bezug auf die Agenda 21, wenn die Rede von nachhaltiger Entwicklung sei: Ziele für HH „Vision2050“ gründen auf Rio 92 und streben eine nachhaltige Stadtentwicklung an.
- Vorbereitungsarbeiten seien gemacht worden. Unter anderem in Form eines Kreativ-Workshops in der Verwaltung. Leider seien die Pläne nicht umgesetzt worden, da die damalige Koalition frühzeitig auseinander gefallen sei.
- 2011 wurde Hamburg überraschend „Umwelthauptstadt 2011“
- Projektgruppen würden aus personellen Gründen „down graded“. Dies sei ein Grund für die vielen Nicht-Umsetzungen der Projekte.
- Das Logo „Umwelt Partnerschaft“ sei ganz gut zu zeigen (aus Sicht der Firmen und Konsumenten), aber es gäbe in diesem Bereich aber auch noch sehr viel Entwicklungsspielraum.
- Im Februar 2011 seien dann auch überraschender Weise durch eine Initiative der Handelskammer Hamburg „Eckpunkte einer Nachhaltigkeitsstrategie“ festgelegt worden.
- Position des Zukunftsrat Hamburg zum Thema: „Chefsache!“.
- „Wie geht es weiter?“  
Sieben Umweltdialoge 2011 □ Ergebnisse sollen unter Bürgerbeteiligung im Februar 2012 vorgelegt werden.

**19:30-19:50 Uhr Talkrunde mit Dr. Delia Schindler und Dr. Albert Statz (Moderation Pia Paust-Lassen)**

*Dr. Albert Statz* (Mitglied des Nachhaltigkeitsbeirates Brandenburg)

ist der Meinung, dass das Lernen wechselseitig sein müsse. (Erzählt über die Lage in Brandenburg)

- der Beirat habe einen Impuls gesetzt: „Wir entwickeln eine Nachhaltigkeitsstrategie“.
- Initiative Landtag-Eckdaten sollten von der Landesregierung formuliert werden (Kabinettsbeschluss). In Folge dessen hätte auch der Beirat sein Wissen mit eingebracht.
- Regierung sei mehr unter Druck gesetzt worden, etwas zu unternehmen.
- in einer interministeriellen Gruppe (Nachhaltigkeitsbeirat) sollten Maßnahmen entwickelt werden um die Frage „was ist Nachhaltigkeit?“ beantworten zu können.
- auch Bereiche wie Ökologie etc. sollten in Form gebracht werden. Ein konkreter Fragenkatalog für Mainstream-Umfragen sollte entworfen werden.
- das Nachhaltigkeitsbewusstsein sollte zum Maßstab der Politik gemacht werden.

- Nachhaltigkeit sei auf Länderebene sehr unterschiedlich, weil die einzelnen Meinungen zu den Schwerpunkten und zur Definition parteipolitisch nicht zuzuordnen seien.
- Nachhaltigkeit müsse in die Politik und die Verwaltung integriert werden.
- Er warnte auch davor, zu übersehen, dass nicht überall wo Nachhaltigkeit draufstünde, auch unbedingt Nachhaltigkeit drinstecke. Dies gelte auch umgekehrt: dort wo nicht Nachhaltigkeit draufstünde, könne dennoch Nachhaltigkeit drinstecken.
- Der politische Drive sei von Nöten!
- Zur Zeit wird an einem „Nachhaltigkeits-Check“ im Beirat gearbeitet, für das Pilotprojekt „Energie-Check“ werden gerade Leitbilder formuliert.
- Der Mehrwert von N. E. als Querschnittsthematik muss deutlicher heraus gestellt werden.
  - **Nachfragen Pia Paust-Lassen** : Verbindlichkeit der Ergebnisse des Zukunftsrates HH für die Regierung? Welche Unterschiede in der Konstruktion der Beiräte sind wesentlich?  
Wie kann der Prozess zur N. E. in HH dynamisiert werden?

*Dr. Delia Schindler* erklärt, dass es keine Verpflichtung der Regierung in Hamburg zum Thema Nachhaltigkeit gäbe – geschweige denn, einzelne Ziele zur Nachhaltigkeit zu verfolgen.

- Konzept läge seit dem Ende der vorherigen Koalition in der Schublade.
- So wie die CDU regiert habe, hätten sie dabei modernes Management im Kopf gehabt.
- Eine Abschottung der einzelnen Bereiche und das Kämpfen der Ressorts gegeneinander würde sich zunehmend wieder aufbauen.  
→ „Abschottung“ Hamburg würde wieder von der SPD aufgegriffen werden.

*Dr. Albert Statz* bestätigt die Einschätzungen von Delia Schindler

- meint, dass die Bildung einer verbindlichen Institutionalisierung für N. E. in Berlin von den zuständigen Verwaltungen und vom politischen Willen abhinge.
- Z. B. die Bundeskanzlerin komme aus der Verantwortung zum Thema Nachhaltigkeit nicht mehr raus, weil sie auch die Arbeit des Rates für Nachhaltige Entwicklung weiterhin unterstützt und Ziele in ihren Reden vor dem RNE nennt, denen sie sich verpflichtet fühlt.
- Institutionalisierung sei wichtig und die Basis für den weiteren Nachhaltigkeitsprozess auch in Berlin.

*Pia Paust-Lassen* bedankt sich für die Anregungen und hoffe auf verbindliche Aussagen und auf ein offenes Gehör der Politik.

**19:50-21:20 Uhr Podium mit den Vertretern/Vertreterinnen der Parteien**  
**(Moderation Dr. Albert Statz und Dr. Edgar Göll)**

*Dr. Albert Statz an Daniel Buchholz (SPD):*

- Ob denn nicht die Befürchtung bestehe, dass der Senatsbericht zur Agenda 21 den Eindruck „Wir machen das schon“ erwecke? Ein Koalitionsgremium zur Umsetzung brauchen wir nicht mehr?

*Antwort Daniel Buchholz (SPD):*

- Ja. Partei hätte in der Vergangenheit versucht das Thema im Parlament voran zu bringen, was aber nicht immer Zuspruch gefunden hätte. „Agenda-Müdigkeit“ gebe es im Parlament und der Stadtregierung. Man brauche einen größeren Impuls aus der Stadtgesellschaft.
- Der Finanzsektor habe mit Nachhaltigkeit überhaupt nichts zu tun → sei aber auf der lokalen Ebene viel weiter
- Setze sich mit der „Agenda-Müdigkeit“ in den letzten 10 Jahren auseinander.

*Dazu Dr. Albert Statz:*

- Ob denn ein Dialogprozess wie der in Brandenburg nicht auch hier in Berlin Sinn mache?

*Dazu Daniel Buchholz (SPD):*

- dieser sollte auf Staatssekretärebene erfolgen. Die SPD wolle das mit der neuen Regierung in einer Koalitionsvereinbarung voran bringen.
- Wünsche sich ein Nachhaltigkeitskabinett auf Landesebene. Er glaube, dass die SPD auch dazu bereit wäre. Dies wäre auch ein Punkt für die nächste Koalitionsvereinbarung.

*Dr. Edgar Göll an Bettina Jarasch (Die Grünen):*

- Wie könnten Impulse vom nächsten Senat in dieser Sache ausgehen?
- Wie schätzen Sie die Steuerung seitens des Senats ein?

*Antwort Bettina Jarasch (Die Grünen):*

- Ein Beirat helfe nicht unbedingt. Aber eine Steuerung müsse her! Das Ressortdenken sei tödlich. Sie müsse über die Idee des Beirates noch nachdenken. Aufgrund des Kommentars von Dr. Albert Statz in Bezug auf die interministerielle Gruppe, könnte eine Steuerungsgruppe neu eingerichtet werden, jetzt eher, da 40% der alten Beschäftigten in Rente gehen würden, könne man mit einer neuen Personalplanung anfangen. Die benötigten Daten für die Berichterstattung müssten in's Internet (Umfragen, Statistiken). Diese Daten würden sowieso den Bürgern gehören. Wichtig sei auch Druck aus der Gesellschaft. Gerade in Berlin. Mit dem Konzept Community Organizing (in den einzelnen Kiezen von den BürgerInnen) ergäben auch neue Bündnismöglichkeiten.
- Sprach auch die Handlungsunfähigkeit des Ausländerbeirats an als negatives Beispiel für Beiräte.
- Überwindung des Ressort- Denkens → Querschnittsdenken
- Halte aber einen Beirat zu diesem Zwecke (Nachhaltigkeit) für sinnvoll

- Dickes Handbuch zur Partizipation sei soeben herausgegeben worden
- Findet Bürgerinitiativen interessant, da sich unerwartete Gruppen angesprochen fühlten und sich aktiv beteiligten. → Daraus ergäben sich neue Bündnismöglichkeiten

**Kommentar von Edgar Göll:** Das klinge so hoffnungsvoll!

**Dr. Albert Statz an Katrin Lompscher (Senatorin; Die Linke):**

- Wie denn die Meinung zum Bericht des Senats sei? Was seien die Gründe zur verpassten Chance der Kommunikation zur Gesellschaft zum Thema energetische Häusersanierung?
- Bericht nicht flächendeckend
- Bezieht sich dabei auf Bettina Jarasch: neue Bürgerinitiativen/Bündnisse
- Sei überrascht und erstaunt, dass der Senat das nicht als Chance nutzen würde (Stichwort: BUND, Handelskammer etc.)

**Antwort Katrin Lompscher (Senatorin; Die Linke):**

- zum Bericht: Ermüdung des Agenda-Prozess und mangelnde Akzeptanz sei auf den langen Weg seit 2006 zurück zu führen. Im Bericht seien auch Anregungen bewusst offen formuliert worden, zu denen es in der Bevölkerung noch keine Gespräche gegeben hätte. Und nicht nur Fehlpunkte wie kritisiert. Das Ressortdenken könne nicht vollkommen überwunden werden. Institutionalisierung auf Staatssekretärschüssebene wäre vollkommen in Ordnung. Die „Delle“ im Agenda-Prozess seit 2006 sei unter anderem auch durch die Opposition gefördert worden. Die sozialen Folgen der energetischen Häusersanierungen (Klimaschutzkonvention) seien durch die politischen Rahmenbedingungen nicht abdeckbar und deshalb auch nicht möglich. (Klimaschutz-Vertrag)
- Der Bericht zeige „abnehmende Akzeptanz“ → knallhart; dies zeige sich nicht nur in den zu kritisierenden Fehlstellen, sondern auch in den Punkten, die der Bericht aufgreift → nur 12 statt 62 Punkte (Agenda21-Beschluss)
- Man bräuchte institutionalisierte Mechanismen, um die Widersprüche auszugleichen. Staatssekretärschüsse seien dafür gut geeignet.

**Dr. Edgar Göll an Uwe Goetze (CDU):**

- CDU beklage Mangel an Visionen zur wirtschaftlichen Entwicklung
- Welche Impulse wolle die CDU geben, und in welche Richtung sollen diese gehen?

**Antwort Uwe Goetze (CDU):**

- die lokale Agenda für Berlin sei seit der letzten Wahl „liegen geblieben“. Der Agenda-Prozess müsse belebt werden. Zur Nachhaltigkeit gehörten auch die Lebensumstände (weniger Arbeitslosigkeit) in Berlin. Deshalb würde die CDU das Projekt TXXL initiieren, um mittels der Kopplung von Sozialem, Wirtschaft und Politik am Standort Tegel neue Arbeitsplätze anzusiedeln. Bisher sei es noch nicht gelungen, Projekte (Stichwort TU-Berlin) in neue Arbeitsplätze umzuwandeln.

**Dr. Edgar Göll an Henner Schmidt (FDP):**

- Wie könne man mit ökonomischer Logik soziale und kulturelle Probleme auflösen? (Widerspruch → Primat der Ökonomie → soziale und kulturelle Probleme lösen)

*Antwort Henner Schmidt (FDP):*

- Die Frage sei schon falsch gestellt, da es der FDP doch gar nicht um den Primat der Ökonomie ginge.
- Natürlich gebe es dort viele Bereiche. Aber die Arbeitsplätze hätten Priorität. Die Schaffung dieser neuen Arbeitsplätze hätte aber auch Konsequenzen (neue Wohnungen etc.). Dabei würde die FDP nicht nur ökonomisch denken, da auch die Reduzierung von Flächennutzung ein Punkt sei. (Widerspruch Neu-Ansiedlung von Gewerbe contra Flächenverbrauch)

**Fragen aus dem Publikum:**

*an Daniel Buchholz (SPD)/Katrin Lompscher (Die Linke):*

- wird es eine Ressortübergreifende Arbeitsgruppe mit hoher Verantwortung zur N. E. von Berlin unter der neuen Senatsführung geben oder nicht? (an Lompscher: Warum haben Sie sich bisher nicht dafür eingesetzt?)

*Antwort Daniel Buchholz (SPD):*

- solle mit in den Koalitionsvertrag. Dafür setze er sich ein.
- Senat unternehme schon Anstrengungen mit Bürgerbeteiligung (Stichwort Tegel)
- Büro sei kein Allheilmittel

*Antwort Katrin Lompscher (Die Linke):*

- Pfad aus 2006 existiere nicht mehr
- Impuls von Senatsseite zum Thema Partizipation
- Eigenorganisation von Seiten der Bevölkerung mit Unterstützung sei wichtig
- es müsse sich alles noch einmal neu formieren
- Nachhaltigkeitscheck/Prüfzahlen
- wie weit seien andere auf diesem Gebiet? (Sie sei dafür, sich umzuschauen wie es woanders läuft!)

*Kommentar aus dem Publikum:*

- dass es eine Aktivitätsdelle oben und unten in der Handlungskette gebe, sei falsch
- es gebe hohe Anstrengungen aus der Zivilbevölkerung, die nur darauf warte, dass es im Senat weiter gehe. (Die Zivilgesellschaft habe so viele Anstrengungen gemacht, die immer wieder zurückgewiesen worden seien.)
- ER könne die Aussagen nicht nachvollziehen.
- es sei nur wichtig, ob ein solches Büro eingerichtet würde – also ja oder nein („Sind Sie bereit ein solches Büro aufzubauen, oder nicht?“)

#### *Kommentar Malte Schmidhals (Vorstand Berlin 21):*

- Frage, ob in der Angelegenheit von verschiedenen Seiten „in ein Loch geschubst worden sei“ und wann man damit aufhöre?

#### *Kommentar Albert Statz:*

- Agenda- Mainstreaming
- Es könnte einen schönen Lernzusammenschluss zwischen Brandenburg und Berlin geben --> Metropolenregion!

#### *Kommentar Henner Schmidt (FDP):*

- geschubst oder nicht, lasse er jetzt einmal weg...
- Nachhaltigkeitscheck (dafür ??)
- Strukturfragen müssten gelöst werden
- Bzgl. „Arbeitsgruppe“/Büro → nur auf ministerieller Ebene, sonst sei es sinnlos – es müsse von oben vorgegeben werden
- Bestätigt Lompscher, dass das Problem gelöst werden müsse, damit das Loch nicht noch größer werde

#### *Kommentar Bettina Jarasch (Die Grünen):*

- Sie fragte, warum die Zivilgesellschaft nicht beim Brandenburger Nachhaltigkeitsbeirat dabei sei und ob es sinnvoll wäre, sie gesondert zu behandeln und woran das läge?
- Steuerung im Senat müsse sein
- woran scheitern die Bemühungen der Bevölkerung?
- welche Strukturen müssten her?
- die Zivilgesellschaft müsse mit ins Boot rein

#### *Kommentar Uwe Goetze (CDU):*

- halte die Einbindung größerer Akteure für sinnvoll
- Staatssekretärsrunde hätte den Vorteil, dass alle Senatsposten vorhanden seien
- Beirat der richtige Weg?
- Aktionsbreite eventuell vergrößern (Stichwort Mieterbund)
- Finanzspektrum evaluieren, denn dort wäre noch viel Spielraum
- 9.800 Projekte, die durch Zuwendungen dieser Stadt finanziert würden → da bliebe noch viel Luft

#### *Kommentar Daniel Buchholz (SPD):*

- „riss“ Goetze das Mikro aus der Hand und bezeichnete es als Unverschämtheit zu sagen, dass die SPD den Agenda-Prozess torpediert hätte (Vorwurf U. Goetze: Agenda21-Antrag sei allein von Holger Rogall (SPD) formuliert worden damals, deswegen hätte die CDU dem

nicht zustimmen können, da nicht versucht worden sei, einen konsensualen Beschluss zu erreichen), da schließlich es die CDU gewesen sei, die sich immer quer gestellt hätte

- weist den Vorwurf von sich, das die SPD die Entwicklung auf diesem Gebiet blockiert habe.

#### *Kommentar aus dem Publikum:*

- Nachhaltigkeit hätte viel mit Bildung und Bewusstseinsbildung zu tun
- Schulen könnten das Interesse der Schüler/-innen nicht bedienen (UN-Dekade für Bildung für Nachhaltige E.)
- das Thema müsse vielfältiger angesprochen werden
- Es gäbe viel Engagement innerhalb der Zivilgesellschaft
- Angebot sei zu wenig – Regierung unterstütze zu wenig

#### *Kommentar aus dem Publikum:*

- Strukturfrage alleine reiche nicht aus
- Parteien und Regierung müssten persönliche Verantwortung tragen
- kein Gesetz ist auch keine Lösung (Stichwort Klimaschutzkonvention)
- jemand müsse her, der den Weg weise und die Probleme löse
- persönliche Verantwortung – Was ändert sich nach dem 18. September?
- Klimaschutzgesetz?! – Wenn gesellschaftlich nicht abgesichert bzw. keine gesellschaftliche Rückendeckung – dann kriegen wir es nicht durch? (Diese empörte Frage bezog sich auf Lompscher, als sie begründete, weshalb die Linke die Vorschläge zur Gebäudesanierung abwies!)

#### *Kommentar aus dem Publikum:*

- FDP und CDU hätten 2006 dem Beschluss nicht zugestimmt und die Grünen hätten dann das übrig gebliebene Konstrukt beschlussfähig gemacht
- Weitere Agenda21-Berichte sollen folgen – Wird das auch weiterhin geschehen? Ist Bereitschaft dazu vorhanden?

#### *Kommentar aus dem Publikum:*

- Berlin komme an Nachhaltigkeit nicht vorbei
- es sei schön, das es eine Institution dafür geben soll
- einen parteiübergreifenden Konsens könne man doch auch jetzt schon fest machen für die nächste Legislaturperiode
- Man solle die Verantwortung nicht hin und her schieben!
- Positiv = dass es ein Koordinationsausschuss geben solle; parteiübergreifender Konsens – ob man daran nicht festhalten könne?! Wie wäre es denn mit einer Absichtserklärung?

#### *Kommentar Henner Schmidt (FDP):*

- Bzgl. der letzten Frage: „Haben Sie eine Presseerklärung dabei, dann unterschreibe ich sie gerne. Das darf ich auch seitens der FDP!“ (wortwörtlich!!!)
- Man bräuchte konkrete Projekte
- Man bräuchte auch die Durchsetzung des Klimaschutzgesetzes
- Es müssen Dinge eingebracht werden, die über ökonomische Fragen hinausgingen
- Nachhaltigkeit sollte strukturell verankert sein in der Senatsverwaltung
- mit der Klimakonvention habe man eine Chance verpasst
- FDP würde auch weiterhin Wasserpolitik und Biodiversität mit einbeziehen

#### *Kommentar Bettina Jarasch (Die Grünen):*

- Ärgert sich über die Aussage von Lompscher → das Klimaschutzgesetz beiseite zu packen aufgrund des Mangels an gesellschaftlicher Abfederung (weil es keine Einigung über Abfederung der sozialen Kosten der energetischen Gebäudesanierung zwischen SPD und Linke gab)
- Wir hätten Klimaziele einzuhalten! – nicht auf Kosten anderer Länder
- Klimakonvention und Klimastadtwerk – 2 mögliche Instrumente?
- die 3 Säulen (Ökologie, Politik und Ökonomie) könnten miteinander verbunden werden (bzw. „zusammenführen“)

#### *Kommentar Katrin Lompscher (Die Linke):*

- Berlin sei „besonders“ (und zählte dabei einige Besonderheiten/Probleme Berlins auf; Diese Probleme müssten beachtet werden, wenn man politische Konzepte entwickelt)
- es sei eine Illusion, dass die Mittel für das Abfedern des Klimaschutz-Gesetzes vorhanden seien
- es müssten erst einmal die Löhne angehoben werden und die Ressourcenverteuerung geregelt werden
- man müsse sich gemeinsam einen Begriff für Nachhaltigkeit, sowie eine entsprechende Institution dafür überlegen
- (Unternehmen hätten einen eigenen Nachhaltigkeitsbegriff, deshalb müssten wir einen einheitlichen Begriff von Nachhaltigkeit verwenden)
- bei Bildung zähle auch die Integration

#### *Kommentar Uwe Goetze (CDU):*

- es seien seit 2006 nur 6 Anträge von den Grünen zum Thema Agenda21 im Senat eingereicht worden
- man müsse die Erfolge auch der Bevölkerung mitteilen (z.B. das seit 2001 ca. 22% weniger Energieverbrauch in den Haushalten stattfände)

- neue Kommunikationsstrategie?
- der Impuls aus Hamburg sei gut und man dürfe sich nicht scheuen, dieses auch zu kopieren
- der alte Weg sei nicht mehr gangbar

*Kommentar Daniel Buchholz (SPD):*

- es sei ein neuer Weg nötig
- Nachhaltigkeit sei nicht mittels Google möglich unter Verwendung der Eingabe „lokale Agenda“ (Bezug auf voran gegangenen Kommentar von Uwe Goetze (CDU) )

**Schlusswort (Pia Paust-Lassen):**

*(An)Forderungen an die Politik:*

- Danksagung an Teilnehmende, DGB, Haustechnik, Berlin 21 für kontroverse Debatte
- Agenda-Prozess brauche eine wirksame Weiterentwicklung hin zu einer Nachhaltigkeitsstrategie für Berlin und eine wirksam verankerte Kontrolle. Darüber gebe es bei den Anwesenden einen gemeinsamen Konsens
- diese Ziele der Agenda21 sollten in den nächsten 5 Jahren intensiver umgesetzt werden und man benötige dafür keinen neuen Beschluss
- verbindliche BürgerInnenbeteiligung werde benötigt, auf der Landesebene, aber auch auf Bezirksebene (→ verbindliche Einbeziehung der BürgerInnen → Bürgerhaushalte, Bürgerentscheide)
- Indikatoren müssten festgelegt, gesellschaftspolitisch und parlamentarisch ausgehandelt werden
- Nachhaltigkeits-Check für ökonomische Entscheidungen müsse eingeführt werden
- eventuell könne ein regionaler Wohlfahrtsindex entwickelt werden, wie z. B. in Schleswig-Holstein
- Wachstum vs. Wohlfahrt → lange Debatte
- Egal, wer die Wahl am 18.9. in welcher Konstellation gewinne, Berlin 21 werde bei den Koalitionsverhandlungen darauf achten, dass die Nachhaltige Entwicklung von Berlin eine größere Rolle spielt!
- Berlin 21 sei für einen Neustart zur Umsetzung der Ziele der Agenda 21 und zur konstruktiven Zusammenarbeit mit allen Parteien bereit!